

# Ausschuss winkt durch

## Breite Zustimmung zu Empfehlungen an Stadtparlament

**Hanau** (mum). Es war wahrscheinlich eine der kürzesten Sitzungen, die der Ausschuss Frauen, Jugend und Soziales je absolviert hatte. Gerade mal 40 Minuten brauchten die Mitglieder des Gremiums, um ihre Tagesordnungspunkte abzuarbeiten. Oder besser abzunicken, denn schließlich hatte die eigentliche Präsentations- und Beratungsarbeit bereits stattgefunden, wie die Ausschussvorsitzende Ute Pfaff-Hamann hervorhob.

Einziger Punkt, der noch einer Klärung bedurfte, war der Antrag der Linken zum Thema Wohnungsbau. Deren Abgeordnete Ulrike Feistel fasste noch einmal zusammen, worum es ihrer Fraktion ging: „Obwohl wir in Hanau auf einem guten Weg sind und das auch anerkennen, möchten wir die Förderung für bezahlbaren Wohnraum erhöhen.“ Sozialdezernent Axel Weiss-Thiel stimmte diesem Wunsch grundsätzlich zwar zu, erklärte jedoch, dass die Erweiterung der Mittel nicht ohne weiteres möglich sei, da sie aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert würden, nämlich aus der sogenannten „Fehlsubventionierungsabgabe“.

Diese fällt immer dann an, wenn eine geförderte Wohnung von einem Mieter bewohnt wird, dessen Einkommen die vorgegebenen Grenzen überschreitet. Da der Abbau der Abgabe jedoch per Landesgesetz geregelt sei und er noch nicht wisse, ob eine Fortführung beschlossen werde, könne er heute auch nicht über diesen Topf verfügen. Seiner Meinung nach sei in Hanau überdies weniger die Menge der Wohnungen das Problem: „Es fehlt nicht an

preisgünstigen Wohnungen. Es fehlt eine Diversifizierung für verschiedene Bedarfe.“ In den letzten Jahren habe man die Fehlbelegungseinnahmen vor allem für die barrierefreie Aufrüstung sozial geförderter Wohnungen verwendet, um vor allem den älteren Leuten möglichst lange den Verbleib in ihren eigenen vier Wänden zu ermöglichen, die sich kein Seniorenheim leisten könnten.

Auf die Nachfrage von Martin Dittmar (BfH), ob es Planungen zur Sanierung der Baugesellschaftswohnungen am Hafensplatz gebe, die in einem „erbärmlichen Zustand“ seien und nach Dittmars Ansicht allenfalls als vorübergehende Lösung dienen könnten, sagte Weiss-Thiel, diese Blocks seien durchaus im Fokus der Baugesellschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender er ist. Nach diesen Erklärungen stellte Ulrike Feistel ihren Antrag einstweilen zurück, wies aber darauf hin, dass er bei einer Freigabe der entsprechenden Mittel wieder aufgenommen werde.

Im nächsten Tagesordnungspunkt, der Beratung der Teilbudgets für verschiedene Stellen und Projekte wie zum Beispiel das Integrationskonzept der Ausländerbehörde, beschloss das Gremium, sämtliche Punkte dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung zu empfehlen. Für die Haushaltssatzung der Stadt Hanau für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 gab es fünf Ja- und zwei Nein-Stimmen, der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Hanau Kindertagesbetreuung für 2010 bekam von allen Ausschussmitgliedern grünes Licht.

HA: Fr. 26.02.2010